



Evangelische Verantwortung

Oktober 1987

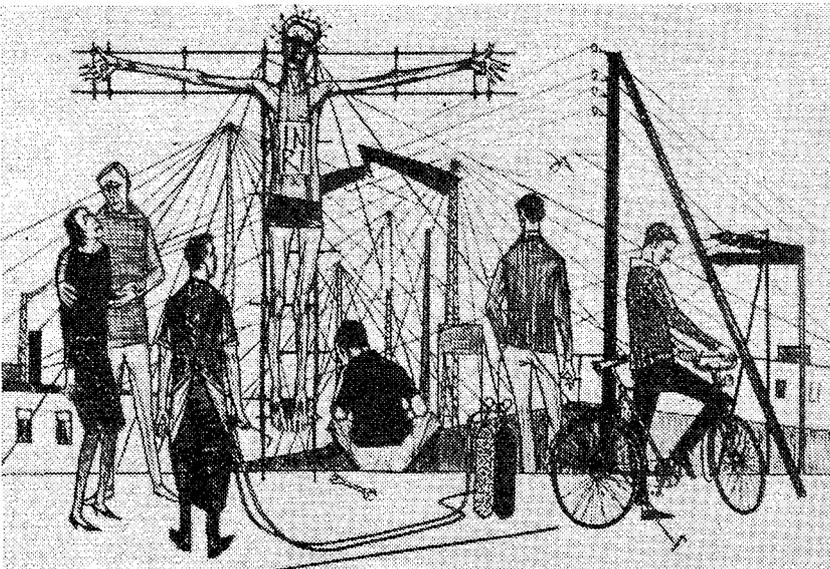
Die neuen Informations- und Kommunikationstechniken – eine Aufgabe verantwortlicher Gestaltung

Uwe Wienholz

Vor fast genau zwei Jahren erschien, herausgegeben vom Kirchenamt i. A. des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, eine Studie mit dem Titel „Die neuen Informations- und Kommunikationstechniken. Chancen, Gefahren, Aufgaben verantwortlicher Gestaltung“. Verfasser dieser Studie sind die beiden EKD-Kammern für soziale Ordnung und für publizistische Arbeit. Leider blieb diese Studie in der deutschen Publizistik und damit in der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, obwohl sie insgesamt als ein tragfähiger Versuch bezeichnet werden muß, die neue ethische Her-

ausforderung, in der wir stehen, ernsthaft aufzunehmen und in der notwendigen Differenziertheit zu beantworten. Und – dies sei hier schon betont – diese Antwort kann und darf nicht Negierung heißen, sondern muß verantwortliche Gestaltung heißen.

Der damalige Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Landesbischof D. Eduard Lohse, bezieht in seinem Vorwort zu dieser Studie eindeutig Position: „Neue Informations- und Kommunikationstechniken dringen mehr und mehr in unseren Alltag ein. Zunehmend wird die Bevölkerung mit Bildschirmtext, Kabelfernsehen, Personalcomputer und anderen Medien vertraut. Die neuen Techniken wurden bisher jedoch zu einseitig allein aus technischer und wirtschaftlicher Sicht gesehen. Anthropologische, kulturelle und soziale Fragen, die durch die neuen Techniken aufgeworfen werden, wurden dagegen zu wenig bedacht. Es besteht die Gefahr, daß unter solch einseitiger Sicht technische und wirtschaftliche Fakten geschaffen und die notwendigen Weichenstellungen schon getroffen sind. Die neuen Techniken, die Ergebnis eines raschen wissenschaftlichen und technischen Fortschritts sind, werden Wirkungen auf Individuum, Familie, Arbeitswelt, das religiöse und kulturelle Leben insgesamt zeigen.“



Emil Scheibe, Kreuzigung

Sind wir dieser neuen Entwicklung gewachsen? Besteht nicht die Gefahr, daß mögliche Chancen vergeben und die Gestaltungsmöglichkeiten zu wenig genutzt werden? Sind nicht viele der Probleme, die wir bereits heute mit den neuen Informations- und Kommunikationstechniken haben, mit diesen Techniken verantwortlich umzugehen, mit sozialer Phantasie neu entstandenen Aufgaben zu gestalten und der Technik ihren instrumentellen und dienenden Charakter zuzuweisen? Haben wir gelernt, uns ohne Technikfeindlichkeit, Medienressentiments und Kulturkritik aufgeschlossen, sachlich und differenziert mit neuen Entwicklungen auseinanderzusetzen? Ist es nicht gerade Aufgabe der Christen, die entscheidenden menschlichen und familiären Grundfragen, die nun aufgeworfen werden, zu erkennen und aufzunehmen? Und schließlich folgt ein Aufruf zu pragmatischer und nüchterner Betrachtungsweise: „Es gilt, die Vorteile für die Wirtschaft, die Chancen für vermehrte Kommunikation und Information, die neuen Möglichkeiten für das Bildungssystem, die Erleichterungen für den privaten Verbraucher, die Chancen für den Arbeitsmarkt ebenso zu erkennen, wie die Gefährdungen für unsere Familien, die neuen Benachteiligungen für ohnehin Benachteiligte und die Auswirkungen auf die Publizistik. All dies aber muß nüchtern gesehen werden.“

Fürwahr eine Position, hinter der wir uns alle versammeln könnten, konservative wie progressive Politiker, Wissenschaftler, Pfarrer, Pädagogen und Sozialarbeiter, jeder von uns. Denn hier ist nichts anderes formuliert, als die schlichte, uns allen bekannte Tatsache, daß christliche Verantwortung nicht Verweigerung, sondern handeln im Sinne von gestalten verlangt.

Die human computerisierte Gesellschaft

Wie hat sich in den zwei Jahren seit dem Erscheinen dieser Studie die Diskussion um die Einführung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien entwickelt, und auf welchem Stand der Einführung sind wir heute? Welche Notwendigkeiten und welche Forderungen in Hinblick auf verantwortliche Gestaltung müssen gestellt werden? Vielerorts, gerade in den Bereichen Bildung und Erziehung, Kultur und Soziales, wird leider immer noch die grundsätzliche Akzeptanzfrage diskutiert, also ob wir die Einführung der neuen Technologien überhaupt zulassen können, ob wir die Entwicklung nicht zurückdrehen müssen, ob die neuen Technologien nicht das Humanum zerstören werden. Wirklich vorhandene, hypothetische oder auch nur eingebildete Gefahren werden zur Begründung dieser Positionen herangezogen und oft wird ein diffuser Wertekonservatismus zur Begründung einer derartigen Position, die nichts anderes als Technologieangst und Technologiefeindlichkeit beinhaltet, bewirkt. Aber die Diskussion um das „Ob“ führt uns nicht weiter, sie ist angesichts

der Entwicklung eigentlich reaktionär, sie ist angesichts der Entwicklung eigentlich reaktionär, sie ist angesichts der Herausforderung, in der wir stehen, Verweigerung.

Schon in den Jahren zuvor haben zahlreiche namhafte Wissenschaftler in aller Welt eindringlich beschrieben, wie grundlegend die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft verändern werden: Der verstorbene Präsident des Club of Rome, Aurelio Peccei, hat die Mikroelektronik als die vielleicht größte Revolution in der Geschichte der Menschheit bezeichnet. Seiner Meinung entstehe eine fundamentale neue Weltzivilisation.

Die Amerikanerin Sherry Turkle vom Massachusetts Institut of Technology (MIT), die zusammen mit ihrem früheren Mann Seymour Pappert die Computersprache LOGO für Kinder entwickelt hat und die damit einen entscheidenden Beitrag sowohl für die Pädagogik der Zukunft als auch für die Alltagskultur geliefert hat, spricht in Hinblick auf den Computer von einer kopernikanischen Wende. Diese Auffassung vertritt auch der Bremer Informatiker Klaus Haefner, der der Frage der neuen Technologien in der Kulturgesellschaft immer mehr Aufmerksamkeit widmet, und von dem die Zielprojektion einer human computerisierten Gesellschaft stammt.



Uwe Wienholz

Die Pariser Gruppe, ein Zusammenschluß von namhaften Persönlichkeiten aus drei Kontinenten, die Anfang der 80er Jahre arbeitete, nannte ihr erstes Ergebnis, von dem französischen Journalisten und Politiker Jean-Jacques Servan-Schreiber zusammengefaßt, die totale Herausforderung. Diesem Buch, das in 15 Sprachen auf der Welt publiziert wurde, blieb im Gegensatz zum ersten Buch Servan-Schreibers, die amerikanische Herausforderung, ein Erfolg in der Bundesrepublik Deutschland verwehrt. Die Pariser Gruppe basierte schon damals auf dem sogenannten Mitsubishi-Memorandum, das u. a. ausführt: „Der Mikroprozessor ist unter allen Erfindungen der Menschheitsgeschichte einzigartig. Er wird ausnahmslos in alle Bereiche unseres Lebens Eingang finden.“ Die Kette namhafter internationaler Stimmen im letzten Jahrzehnt läßt sich beliebig fortsetzen.

Unkenntnis und Skepsis

Für die Bundesrepublik Deutschland sollten wir noch zwei zusätzliche Stimmen hinzufügen: Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, neue Informations- und Kommunikationstechnologien, ist zu dem gemeinsamen Ergebnis gekommen, daß 1990 etwa 70 % aller Arbeitsplätze von den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien erfaßt sein werden. Und die bisherige Bundesbildungsministerin, Frau Dr. Wilms, hat in den vergangenen zwei Jahren mehrfach die Auffassung formuliert,

daß es sich hier um die Entstehung einer vierten Kulturtechnik handelt, die sich in ihrer Bedeutung historisch vielleicht nur vergleichen läßt mit der Erfindung und Einführung der Buchdruckerkunst an der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit, eine Position, der sich unterdessen zunehmend Kulturpolitiker in der Bundesrepublik anschließen. Diesen Erkenntnissen gegenüber steht eine überraschende und eigentlich auf Dauer nicht zu verantwortende Unkenntnis und Skepsis großer Teile der Bevölkerung über die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, speziell über den Computer und seine Anwendungsmöglichkeiten. Die wichtigsten in den Jahren 1985-1987 vorgenommenen Erhebungen und Untersuchungen kommen letztlich bei allen Unterschieden im Detail zu einem eindeutigen und vergleichbaren Ergebnis, bei dem die Bundesrepublik im internationalen und im europäischen Vergleich im Hinblick auf Unkenntnis und Skepsis gegenüber den neuen Technologien in der Bevölkerung mit am schlechtesten abschneidet. Eine derartige Situation kann für eine der führenden Kultur- und Industrienationen auf der Welt auf Dauer bedrohlich werden. Eine derartige Situation muß für Politiker die Herausforderung für verantwortliche Gestaltung sein, wie es z. B. bei dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten der Fall ist. Diese Situation muß für die Kirche Herausforderung sein, Politik in ihrer verantwortlichen Gestaltung ethisch zu begleiten.

Für die Felder Bildung und Erziehung, Kultur und Soziales sollen im folgenden einige Anregungen und Überlegungen zur Gestaltung wiedergegeben werden:

Bildung und Erziehung

Die Kultusminister der Länder und der Bundesbildungsminister haben sich im Rahmen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung (BLK) über wesentliche Inhalte und Ziele einer informationstechnischen Grundbildung (ITG) geeinigt. Es gibt je eine Empfehlung für die informationstechnische Grundbildung in der Schule und Ausbildung und in der Weiterbildung. Wir unterteilen den Bereich Bildung und Erziehung hier formal in 5 Unterbereiche: Familie, Schule, Ausbildung (Betrieb), außerschulische Bildung und Jugendarbeit und allgemeine sowie berufliche Weiterbildung.

Familie

Nach Informationen eines führenden Marktforschungsinstituts der Computerbranche in Darmstadt dürften unterdessen weit über 1 Million Computer in deutschen Haushalten, insbesondere Homecomputer (HC), aber auch Personalcomputer (PC) stehen. Es sind bisher überwiegend die Väter, die die Anschaffung der Geräte entschieden haben, es sind im erheblichen Maß die Kinder, die insbesondere die Spielesoftware am Homecomputer nutzen. Wir müssen also folgendes angehen: Lernkonzepte und Kurse für die Mütter („Mama, Du hast ja keine Ahnung!“), pädagogische Hilfen für die Nutzung des Computers

durch die Kinder in der Familie im Bereich von Spielen, von Lernen, von Kreativsein, von Musik usw. entwickeln und anbieten, und wir müssen insgesamt Familienkonzepte als Modelle konzipieren und erproben.

Schule

Die Kultusminister der Länder stehen vor fast unüberwindlichen Hindernissen bei der Einführung der neuen Technologie in die Schule. Die immer noch recht kostspielige Hard- und Softwareausstattung der Schulen ist dabei sicherlich fast das kleinste Problem. Weitaus größere Probleme bereitet eine der Herausforderung angemessene Lehrerfortbildung. Hier gibt es schon quantitative Probleme und erst recht qualitative Probleme. Das Land Niedersachsen zum Beispiel will bis 1992 etwa 16 000 Lehrer mit 80 Fortbildungsstunden weiterqualifizieren. Das ist einerseits ein riesiger Aufwand, andererseits, was helfen 80 Stunden Fortbildung einem Lehrer, wenn er in seiner Klasse 5 oder 6 Schülern gegenübersteht, die schon jahrelang am Computer intensiv arbeiten? Vor allem das Motivationsproblem ist bisher in keiner Weise angemessen gelöst. Und schließlich die Softwareproblematik. Die Kultusminister der Länder sind sich darüber einig, daß der überwiegende Teil der bisher in Deutschland vorhandenen Schul- und Lernsoftware qualitativen Ansprüchen nicht genügt. Die Softwarehäuser und Verlage machen demgegenüber geltend, daß qualitativ hochstehende Software so teuer sei, daß die Schulen sie nicht anschaffen würden. Darüber hinaus gibt es bis heute keine zentrale Bildungssoftware, Dokumentations- und Datenbank. Einige Forderungen könnten daher lauten: Unterstützung der Bemühungen der Kultusminister in der Lehrerweiterbildung durch verstärkte Bemühungen der Hersteller und vor allem der Träger der Weiterbildung. Entwicklung von Verbundmodellen der Lehrerfortbildung zwischen Kultusministerien, Landeszentralen für politische Bildung, Arbeitsverwaltung und freien Trägern. Staatliche Subventionierung einzelner didaktisch anspruchsvoller Softwareentwicklung und schließlich Aufbau einer bundesweiten Datenbank und Schulungssoftware.

Ausbildung

Insbesondere in den Bereichen von Handwerk und Mittelstand machen sich zur Zeit vorhandene Defizite bei den Jugendlichen in anwendungsorientierten Kenntnissen noch besonders stark bemerkbar. Wünschenswert sind Kooperations- und Verbundmodelle, die jungen Menschen sowohl allgemeine als auch berufsspezifische anwendungsorientierte Kenntnisse und Fertigkeiten vermitteln. Die überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen der Handwerkskammern und der IHKs bilden zumindestens im Hinblick auf die berufsspezifischen Kenntnisse zweifellos einen geeigneten Ansatz, desto mehr muß im Augenblick auf das vorhandene Timelack bei den allgemeinen anwendungsorientierten Kenntnissen und Fertigkeiten geachtet werden.

Außerschulische Jugendbildungsarbeit

Im Bereich der außerschulischen Jugendbildungsarbeit und der Jugendarbeit werden die neuen Tech-

niken besonders wenig eingesetzt. Dieses liegt einerseits in den Investitionskosten, die für diese Bereiche besonders schwierig zu erbringen sind, und andererseits in besonders hohen Widerständen gegenüber der Einführung der neuen Techniken bei einem hohen Prozentsatz der hauptberuflichen Mitarbeiter im Bereich der Jugend- und Jugendbildungsarbeit. Die Forderung an Bund, Länder und Kommunen geht einerseits in die Richtung auf Einrichtung einer Anzahl verschiedenster Modelle, um überhaupt die Fülle der Möglichkeiten zu praktizieren und zu erproben. Sie geht an die Kommunen, unter dem Druck der Ausstattung der Schulen nicht ganz die Ausstattung ihrer Einrichtungen der Jugendarbeit zu vergessen und sie geht an die Länder und Landesjugendämter, zusammen mit den Trägern der Jugendarbeit, Weiterbildungs- und Qualifikationskonzeptionen für die hauptberuflichen und ehrenamtlichen Mitarbeiter in der Jugendarbeit zu entwickeln. Dieses könnte sehr wohl im Kontext mit den Bemühungen der Lehrerfortbildung und den Bemühungen der Qualifizierung des Personals in der Weiterbildung geschehen.

Weiterbildung

Im Bereich der Weiterbildung wird das Thema der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien fast ausschließlich unter beruflichen Qualifikationsaspekten behandelt. Es ist dabei notwendig, daß gerade von den staatlich relativ gut subventionierten Trägern der Weiterbildung, wie Volkshochschulen, aber auch den wertebezogenen Trägern der Weiterbildung das Thema „Neue Informations- und Kommunikationstechnologien“ als ein Thema der allgemeinen Weiterbildung gesehen und umgesetzt wird. Fragen wie neue Technologien in der Freizeit, neue Technologien im Alltag, neue Technologien und Kultur, neue Technologien und Kreativität müssen als ein eigenständiger – nicht mehr nur medienpädagogischer – Gegenstand an die Bevölkerung herangetragen werden. Hier ist ein neuer Bereich von Volksbildungsaufgabe entstanden, der zu einem erheblichen Teil entweder nicht erkannt oder aber zumindest nicht angegangen und umgesetzt wird.

Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien als kulturpolitische Herausforderung

Die schon einmal erwähnte wichtige Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, neue Informations- und Kommunikationstechniken, kommt in ihrem Bericht u. a. zu dem Ergebnis, daß über die Auswirkungen dieser Techniken auf Kunst und Kultur bisher kaum gesicherte Erkenntnisse vorliegen. Diese 1983 getroffene Feststellung gilt bis heute. In einem Gutachten, das der Bundesinnenminister zuständigkeitshalber 1985 in dieser Frage hat erstellen lassen, unterscheiden die Verfasser zunächst einmal zwischen den beiden Hauptbereichen Kunst und Kultur einerseits und Alltagskultur andererseits. Diese Unterscheidung ist hilfreich und sollte hier noch ergänzt werden durch den Bereich Jugendkultur, als ein für die Fragestellung besonders wichtigen Sonderbereich.

In der üblichen deutschen Denkweise bestehen zwischen Technik und Kultur erhebliche Widersprüche, ja sogar Antagonismen. Dementsprechend wird sehr häufig argumentiert, daß diese neuen Techniken nur konsumorientiert, kreativfeindlich und eigentlich insgesamt kulturfeindlich seien. So ist es dann folgerichtig, daß die Diskussion um die neuen Kommunikations- und Informationstechnologien in der Bundesrepublik einerseits fast ausschließlich um den Bereich Qualifizierung und Arbeitsmarkt geführt wurden, und andererseits weitgehend unter medienpädagogischen Gesichtspunkten abgehandelt wurde. Dieses steht in hohem Gegensatz zu anderen Kulturnationen, wie z. B. zu Frankreich, wo die kulturelle Dimension dieser neuen Technologien von vornherein im vollen Umfange erkannt wurde und die Einführung kulturpolitisch motiviert und durch kulturpolitische Diskussion begleitet wurde. Folgerichtig gibt es in Frankreich heute den stehenden Begriff der „Culture l'Informatique“; auch hier nur einige wenige Anregungen:

Kunst und Kultur

Versuche, Künstler dazu zu bewegen, mit den neuen Techniken zu arbeiten, wie auf der Sonderausstellung Hardware bei der CEBIT, der führenden, internationalen Branchenmesse in Hannover, müssen verstärkt fortgesetzt werden. Ansätze wie die Art-Elektronica, Computerkulturtag in Linz, mit den entsprechend gut dotierten Preisen, in Österreich, sollten in Deutschland Verbreitung finden. Symposien in dieser Frage könnten hilfreich sein. Die viel weiter vorangeschrittenen Entwicklungen in den USA und in Kanada sollten beobachtet und für uns ausgewertet werden.

Die neuen Techniken in unserer Alltagskultur

Der Begriff der Alltagskultur ist bis heute nicht fest definiert, er wird immer wieder mit neuen Akzenten versehen in die kulturpolitische Diskussion eingeführt. In dem Gutachten für den Bundesinnenminister wird formuliert: „Alle relevanten Lebensbereiche eines Individuums, sowohl in der Arbeits- als auch in der Privatsphäre, mit denen in diesen Bereichen ausgeübten Funktionen der Informationserstellung, -vermittlung und -nutzung bei der Arbeit, in der Freizeit, im Konsum und im Bildungsbereich.“ Ausgehend von dieser Definition sei hier nur eine einzige grundsätzliche Forderung erhoben: Kommunale Bildungs- und Kulturpolitik kann sich im Hinblick auf die neuen Informations- und Kommunikationstechniken nicht mehr nur darauf beschränken, über Volkshochschulen gelegentlich mal einen Kursus von wenigen Stunden anzubieten, dessen Gehalt auch schnell wieder vergessen wird, sofern nicht die Möglichkeit besteht, hierfür eine direkte Umsetzung, sei es im Arbeitsprozeß oder in den anderen Bereichen, zu sorgen, weil man über die entsprechenden maschinellen Ausstattungen dort verfügt. Kommunale Kulturpolitik muß den Bürgern in Zukunft über Kulturzentren die Möglichkeit bieten, die verschiedensten Anwendungsmöglichkeiten der neuen Informations- und Kommunikationstechniken unter Anleitung bzw. Animation

(im französischen Verständnis) zu erlernen, zu erproben, einzuüben und auszuüben. Das durch französische Erfahrungen beeinflusste und initiierte Modell von Zentren Bürgerinformatik ist ein Schritt in eine richtige Richtung.

Neue Informations- und Kommunikationstechniken in der Jugendkultur

Die Jugendsoziologie, aber auch die Werbebranche spricht heute von einer eigenständigen Jugendkultur, in der die neuen Informations- und Kommunikationstechniken eine zentrale Rolle spielen. Die Förderungsinstrumente des Bundes und der Länder (Jugendpläne), müssen in Zukunft diesen Bereich miteinbeziehen. Jugendpolitik der CDU genauso wie Kulturpolitik und Medienpolitik muß diese Themenkomplexe in vollem Umfang berücksichtigen. Die Bereiche von Musik, Grafik, Spiel und Umgang mit Technik sind gleichzeitig Bereiche von Freizeit und Kreativität. Um in Zukunft die Segmentierung in Generationen wieder aufzuheben, besteht sehr wohl die Möglichkeit, hier die Ansprüche aus der Alltagskultur und aus dem Bereich Kunst und Kultur generationsübergreifend mit der Jugendkultur zu verbinden.

Soziales

Viele Experten gehen davon aus, daß die heute schon eingeleitete Informationsgesellschaft sich in Zukunft sehr stark sozial gliedern wird nach den Kenntnissen und Fähigkeiten im Umgang mit Informationen und nach der Beherrschung der Kommunikations- und Informationsstränge. Folgerichtig unterscheidet eine Richtung die soziale Schichtung in Zukunft nach den Gruppen „Information rich“ und „Information poor“. Die sozialpolitische Diskussion über das Thema „Neue Armut“ oder „Ein Drittel-/Zwei-Drittel-Gesellschaft“ deckt sich zum Teil mit dieser Frage. Die Gruppe „Information poor“ könnte verhängnisvolle Ähnlichkeit haben mit dem unteren Drittel unserer Gesellschaft, über das zur Zeit sozialpolitisch diskutiert wird. Auch hier, oder gerade hier, bietet sich die Möglichkeit verantwortlicher Gestaltung. Die neuen Techniken beinhalten sozialpolitisch ja mehrere Dimensionen:

- Sie können wichtiges, ja sogar entscheidendes Hilfsmittel sein zur Verbesserung der Chancengerechtigkeit, zur Aufhebung oder zumindest Verringerung der Benachteiligung oder Behinderung. Zum Beispiel Unterstützung durch qualifizierte Computerprogramme beim Erwerb der deutschen Schriftsprache durch Spätaussiedler oder junge Ausländer der zweiten und dritten Generation; Verbesserung der Lernsituation bei Legasthenikern; Hilfe bei Lernprozessen von Lernbehinderten.
- Sie sind Werkzeuge bzw. Hilfswerkzeuge:
Zum Beispiel Telearbeitsplätze für Körperbehinderte oder Einsatz computergesteuerter Sensortechnik bei stark Sehbehinderten und Blinden; Einsatz einer Blindentastatur.
- Die Beherrschung des Umgangs mit den neuen Informations- und Kommunikationstechniken als Bildungs- und Qualifizierungsziel, um Chancen-

gleichheit am Arbeitsplatz und in Gesellschaft zu erzielen:

Zum Beispiel CNC-Qualifizierung für Lernbehinderte und Benachteiligte.

Zum Beispiel Informatikqualifizierung für Flüchtlinge aus Südostasien (Boat-People).

Zum Beispiel für bestimmte Gruppen von Langzeitarbeitslosen durch Erwerb von Zusatzqualifizierungen. Gerade die sozialpolitische Komponenten im Hinblick auf die neuen Informations- und Kommunikationstechniken erscheint mir fast nicht erkannt zu sein, und hier bietet sich ein besonderes Feld zwischen unserer Kirche im Bereich der Diakonie und bestimmten Bereichen staatlicher Sozialpolitik an. Gerade hier ist es notwendig, daß im größeren Umfange Grundlagenforschung betrieben wird und daß Ergebnisse der Grundlagenforschung und angewandter Sozialforschung in Modellen umgesetzt und erprobt werden. Und gerade hier bietet sich ein großes Feld für die Aktivitäten vieler industrienahe Stiftungen an, da sich hier ein völlig neues Schnittfeld zwischen Wirtschaft/Technik und sozialer Verantwortung anbietet.

Wir alle müssen diesem heute schon längst vorhandenen und in Zukunft sich immer weiter ausdehnenden Bereich gesellschaftlicher Entwicklung weitaus mehr Beachtung und Aufmerksamkeit schenken. Es ist eine besondere Aufgabe verantwortlicher Gestaltung. Wenn wir diese Aufgabe nicht in ihrer vollen Bedeutung wahrnehmen, wachsen die Risiken und sinken die Chancen. Insbesondere das Sozialstaatspostulat unseres Grundgesetzes und die neuen Informations- und Kommunikationstechniken in ihren Folgen für Wirtschaft und Arbeitsmarkt verdienen unsere besondere Beachtung. Hier verlangt der Leitsatz des Evangelischen Arbeitskreises „Politik aus christlicher Verantwortung“ unsere Antwort auf die „Totale Herausforderung“ (Servan-Schreiber).

Anm.: Der Autor dieses Beitrages, Uwe Wienholz, ist Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises in Württemberg und Mitglied des EAK-Bundesvorstandes. Hauptberuflich leitet er in der Geschäftsführung des Christlichen Jugenddorfwerkes Deutschlands den Bereich „Politik und Bildung“. Vor knapp drei Jahren (1984) hat er den Verein zur Förderung der Pädagogik der Informationstechnologien e.V. (VFPI) gegründet, dessen ehrenamtliches Geschäftsführendes Vorstandsmitglied er bis heute ist.

Aus dem Inhalt:

Die neuen Informations- und Kommunikationstechniken	1
Die Zukunftsmöglichkeiten der jungen Generation	6
Menschenrechte und Humanitäre Hilfe	7
Gespräch mit dem Bundesvorsitzenden des EAK	8
Reisen in Deutschland	9
Auftrag und Aufgaben der Kirche	12
Aus unserer Arbeit	14
Für und gelesen und besprochen	15

„Die Zukunftsmöglichkeiten der jungen Generation“

Michael Hartmut Franz

Die Fortführung der engagierten Ausnutzung der Ausbildungskapazität der Betriebe, der Ausgleich von Ungleichgewichten auf dem Ausbildungsstellenmarkt, eine realitätsgerechte Berufsberatung und eine Weiterentwicklung der Ausbildungsordnungen sowie eine stärkere Berücksichtigung der weiblichen Ausbildungsstellenbewerber und die Schaffung von Ausbildungsplätzen für weniger qualifizierte Personen nennt eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe „Jugendarbeitslosigkeit“ als vorrangige Maßnahmen in ihrem Papier „Die Zukunftsmöglichkeiten der jungen Generation“.

Eingesetzt wurde die Gruppe von Experten und Praktikern vom Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland. Sie hat ihr Papier im Juni 1987 veröffentlicht.

Zur kirchlichen Arbeit in diesem Bereich wird festgestellt, daß innerhalb ihres Bereiches in den letzten Jahren eine außerordentliche Zahl von Initiativen durchgeführt worden seien, viele dieser Projekte hätten das Ziel, den Tagesablauf der Erwerbslosen durch überschaubare gemeinsame Arbeit zu verändern, sich mit den Problemen des Arbeitsprozesses auseinanderzusetzen, Verantwortung sich selbst und der Gruppe gegenüber neu zu lernen sowie das Selbstwertgefühl zu stärken. In letzter Zeit sei deutlich geworden, daß pädagogische Betreuung allein nicht ausreiche, ebenso sei eine betriebswirtschaftliche Begleitung nötig. Als Prioritäten für die Kirche in ihrer weiteren Arbeit werden die Verstärkung des Kontaktes zu Betrieben, die Seelsorge an jungen Erwerbslosen, die einfühlsame Hilfestellung für junge Menschen bei der Suche nach dem richtigen Beruf, die Beteiligung von Kirchenmitgliedern in lokalen Initiativen zur Ausbildung und Beschäftigung genannt sowie eine Besinnung auf die sozialintegrierende Funktion der Kirche ausgewiesen.

Diese Schwerpunkte zeigen, daß es den Autoren dieser Ausarbeitung um die Erstellung eines realistischen Papiers ging.

Arbeitslosigkeit heute, also auch die Jugendarbeitslosigkeit, hat vielfältige Ursachen; deshalb gibt es auch keinen einfachen und schnellen Weg aus dieser schwierigen Situation. Diese Stellungnahme läßt ebenfalls nicht den Eindruck aufkommen, mit „einem großen Wurf“ seien die Probleme vom Tisch zu bringen.

Es werden wichtige Schwachstellen aufgezeigt, u. a.: „Zu einem nicht geringen Teil verfehlt das Bildungssystem die Anforderungen des Berufslebens. Das beginnt bei den allgemeinbildenden Schulen, die zu wenig auf die Anforderungen des Arbeitslebens und die Berufswahl vorbereiten.“ Fortgesetzt werde dies in der Berufsausbildung.

Diese Feststellung ist wichtig, insbesondere bedeutsam vor dem Hintergrund der bildungspolitischen Diskussion der siebziger Jahre, wo oft der Eindruck aufkam, das Bildungssystem könne eine „Gegenmacht“ zum Beschäftigungssystem etablieren. Beide Systeme sind vielmehr, unter Wahrung ihrer Charakteristika, abzustimmen.

Aber auch Kritisches gibt es zu vermelden. So wird festgestellt: „Durch den Verbleib im Elternhaus, durch die zunehmend längeren Bildungszeiten, durch ‚Wanderjahre‘, Praktikumszeiten u. a. wird das Warten auf einen Arbeitsplatz verdeckt.“ Ergebnis dieser Betrachtung: „Das tatsächliche Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit ist also wesentlich höher, als es die amtlichen Zahlen erkennen lassen.“

Im anderen Zusammenhang wird auf die außerordentliche Bedeutung der Bildung und Ausbildung für die Beschäftigung eingegangen. Fundierte Analysen zeigen, daß die Bedeutung der Qualifikation in dieser Hinsicht zunehmen wird. Deshalb kann die verlängerte Ausbil-

dungszeit nicht als ein „verdecktes Warten auf den Arbeitsplatz“ abgetan werden. Im Gegenteil.

Darüber hinaus müssen sich diejenigen, die mit plausibel klingenden Argumenten die Arbeitslosenstatistik entweder nach oben oder nach unten „korrigieren“, fragen lassen, was sie damit bezwecken wollen. Im Grunde wird damit doch nur der Zweifel an jeder Statistik genährt, was nicht als ein hilfreicher Beitrag zur Diskussion gewertet werden kann.

Anm.: Die „Überlegungen zur Jugendarbeitslosigkeit“ sind erhältlich beim Kirchenamt der EKD, Herrenhäuser Straße 12, 3000 Hannover 21.

»Die Frau in Familie, Kirche und Gesellschaft«

**Partnerschaft
als Problem und Aufgabe**

EAK-Landestagung Bremen,

30. Oktober 1987, 15.00 Uhr
Hotel „Deutsches Haus“,
Am Markt, 2800 Bremen

Anmeldung und Information:
CDU-Landesgeschäftsstelle
Bremen, Am Wall 135,
Telefon 04 21/17 02 24

Akademievorträge

**Christlicher Glaube und
moderne Gesellschaft**

Neuzeit und Moderne als Herausforderung und Bedrohung der Religion.

Prof. Karl-Heinz Ohlig,
Saarbrücken.
12. November 1987, 18.00 Uhr,
Redoute, Bonn-Bad Godesberg.

**Der Beitrag der Religion zu
Konzensstiftung in unserer
Gesellschaft.**

Prof. Dr. Martin Honecker, Bonn
10. Dezember 1987, 18.00 Uhr,
Redoute, Bonn-Bad Godesberg.

Organisatorische Nachfragen:
Karin Schmidt 0 22 36/70 74 13
Elvi Fabritius 0 22 36/70 74 01

Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Friedrich Vogel

Erstmals in der Geschichte des Deutschen Bundestages ist ein parlamentarisches Gremium geschaffen worden, das sich ausschließlich mit Menschenrechten und humanitärer Hilfe befaßt. Der Unterausschuß für „Menschenrechte und Humanitäre Hilfe“ des Auswärtigen Ausschusses, dessen Vorsitz mir übertragen wurde, hat sich kurz vor der parlamentarischen Sommerpause konstituiert. Er ist eine Erweiterung des seit den 60er Jahren bestehenden Unterausschusses für „Humanitäre Hilfe“. Damit ist der Deutsche Bundestag eines der wenigen Parlamente, die Menschenrechtspolitik zu einem zentralen Anliegen ihrer Politik gemacht und ihr die dafür notwendige institutionelle Unterstützung verliehen haben.

Die Einsetzung eines solchen Gremiums bedeutet, daß der Bundestag sich selbständig und unmittelbar in die weltweite Diskussion um die Menschenrechte einschaltet. Sowohl in der Öffentlichkeit als auch im Parlament soll das Bewußtsein für die Menschenrechte gestärkt werden. Der Ausschuß wird in eigener Verantwortung unter Mitwirkung der Bundesregierung Berichte zur Lage der Menschenrechte in bestimmten thematisch umgrenzten Schwerpunktbereichen erarbeiten und sie über den Auswärtigen Ausschuß des Bundestages dem Plenum zuleiten. Dabei werden wir eng mit den wichtigsten Menschenrechtsorganisationen zusammenarbeiten. Gerade die Arbeit der Menschenrechtsorganisationen liefert immer wieder erschreckende Belege dafür, daß weltweit nach wie vor gravierende Menschenrechtsverletzungen zu verzeichnen sind.

Die Garantie und der Schutz der Freiheitsrechte des Menschen machen die moralische Substanz der freiheitlichen Demokratien aus. Die Durchsetzung der individuellen Freiheitsrechte hat nach dem Zweiten Weltkrieg sicherlich große Fort-

schritte gemacht. Ausgangspunkt war die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948. Trotz ihrer rechtlichen Unverbindlichkeit erwies sie sich von Anfang an als ein Dokument von beachtlicher politischer und moralischer Bedeutung.

Im Jahre 1966 hat die UNO-Generalversammlung den Pakt über bürgerliche und politische Rechte beschlossen, dem inzwischen 80 Staaten beigetreten sind und der seit 1976 in Kraft ist. Zusammen mit dem Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte verkörpert er weltweit das bisher umfassendste menschenrechtliche Kodifizierungswerk des Völkerrechts. Wer heute die Einhaltung der individuellen Menschenrechte einfordert, mischt sich nicht in innere Angelegenheiten anderer Staaten ein – wie dies vor einiger Zeit die chilenische Regierung behauptet hat –, sondern fordert die Einhaltung eingegangener Verpflichtungen ein.

Die Europäische Menschenrechtskonvention von 1950 räumt den Bürgern aller Mitgliedstaaten des Europarates einklagbare Rechte ein, die sie vor die Europäische Kommission für Menschenrechte und den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg bringen können.

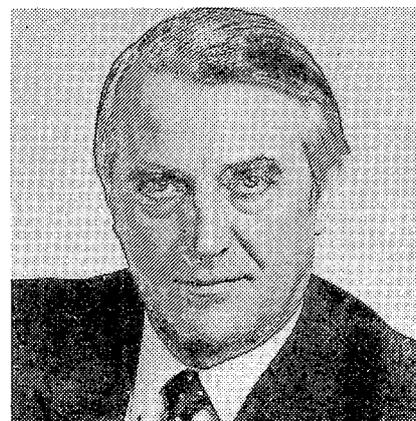
Mit der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte ist eine wichtige Grundlage für die Gestaltung der West-Ost-Beziehungen geschaffen. Der KSZE-Prozeß ist der erste multilaterale Versuch, einen thematisch weit gespannten Verhaltenskodex für West und Ost in Europa zu schaffen. Das Schlußdokument ist zwar kein völkerrechtlicher Vertrag, jedoch haben die Ergebnisse von Helsinki und den Nachfolgetreffen einen hohen moralisch-politischen Rang.

Der Ausschuß wird sich bemühen, auf den KSZE-Prozeß einzuwirken. Auch werden wir uns überlegen, wie die Instrumente geschärft werden können, um die

Durchsetzung der in den Verfassungen vieler Länder festgeschriebenen schönen Worte auch tatsächlich herbeizuführen. Dafür wird es wichtig sein, daß wir auf der Grundlage eines breiten Konsenses in diesem Unterausschuß arbeiten. Wenn wir den Menschenrechten in allen Teilen der Welt verpflichtet sind, bedeutet dies auch, daß die Maßstäbe nicht der jeweiligen Opportunität unterliegen dürfen, sondern daß die Maßstäbe, die angelegt werden, überall gleich sein müssen. Hier sehe ich auch eine gute Möglichkeit für den neugebildeten Ausschuß. Denn manche Rücksichten, die im diplomatischen Umgang eine Regierung nehmen muß, braucht ein Parlamentsausschuß nicht zu nehmen. Die Mittel und Wege, derer man sich zur Durchsetzung der Menschenrechte bedient, können sehr unterschiedlich sein. Dies hängt zum Beispiel mit dem jeweils betroffenen Land zusammen. Man kann nicht in jedem Land so provokant öffentlich auftreten, wie es in Chile geschehen ist.

Natürlich wird sich der Unterausschuß in besonderen Fällen auch mit konkreten Menschenrechtsverletzungen befassen und über geeignete Schritte zu ihrer Behebung beraten.

Ich möchte daran erinnern, daß das Verständnis der Menschen-



Friedrich Vogel MdB
Staatsminister
beim Bundeskanzler a. D.
stellv. EAK-Bundesvorsitzender

rechte nicht erst eine Erfindung der Aufklärung ist, sondern auf christliche Vorstellungen von der Würde des Menschen als einem von Gott nach seinem Ebenbild geschaffenen, unverwechselbaren und individuellen Wesen zurückgeht. Dem Menschen kommen von Natur aus Rechte zu, die niemand verleiht oder gar großzügig gewährt; diese Rechte sind nämlich ein Teil unse-

res Menschseins. Sie sind Abwehrrechte und sichern die Würde des Menschen gegen die völlige Verfügbarkeit durch andere, sei es durch Personen, Gruppen, Regierungen oder politische Systeme. Dieses Verständnis, das westliche Politiker an den verschiedenen Menschenrechtskontrakten mitwirken ließ, steht in diametralem Gegensatz zu dem Verständnis der Menschen-

rechte, wie es totalitäre Regime pflegen. Für sie ist der Mensch ganz verfügbar.

Das Verständnis für die Menschenrechte zu vertiefen, den Blick für die Menschenrechtsverletzungen zu schärfen und das Engagement für die Menschenrechte zu fördern ist daher schon eine aus dem christlichen Anspruch resultierende Verpflichtung.

Laufen der Union die Protestanten weg?

Gespräch mit dem Bundesvorsitzenden des EAK der CDU/CSU

Er hat es nicht leicht in der heftigen Diskussion um den Kurs der Unionsparteien: der Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CDU/CSU. Sein vorrangiges Ziel ist es, das evangelische Element in der Union zu stärken. Mit dem Bundesvorsitzenden des EAK, dem rheinland-pfälzischen Staatsminister für Bundesangelegenheiten, Albrecht Martin, sprach idea-Mitarbeiter, K. Rüdiger Durth.

Beteiligt sich der EAK auch am gegenwärtigen „Richtungsstreit“ zwischen den beiden Schwesterparteien CDU und CSU?

Von seinem Selbstverständnis her legt der Evangelische Arbeitskreis großen Wert darauf, insbesondere mit denen das Gespräch zu führen, die an die Union viele Fragen haben. Deshalb ist er ja auch gegründet worden. Aber er ist der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU, und wir arbeiten mit den Mitgliedern der CSU ohne alle Schwierigkeiten und ohne alle Vorbehalte in großer Übereinstimmung zusammen. Da gibt es nicht die geringsten Schwierigkeiten.

Die Union hat in den evangelisch geprägten Bundesländern Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen schwere Verluste hinnehmen müssen...

... und in Rheinland-Pfalz, das ist leider nicht zu vergessen, wo die Verluste besonders in den katholischen Gebieten sehr hoch waren.

Kehren die Protestanten der Union erneut den Rücken zu?

Ich bin gegen so einfache schematisierende Darstellungen. Wir müssen davon ausgehen, daß die kirchliche Bindung nicht automatisch ein bestimmtes politisches Verhalten zur Folge hat.

Gilt das für beide Konfessionen?

Das gilt für beide. Die Bereitschaft, die Partei bei den Wahlen zu wechseln, ist gestiegen. Und das hängt sicherlich auch mit dem Nachlassen der kirchlichen Bindung zusammen. Das gilt wiederum für beide Konfessionen. Darin liegt aber auch eine Chance der Union gegenüber den evangelischen Bürgern, die über keine engen kirchlichen Bindungen mehr verfügen.

Läßt sich das belegen?

Nicht zufällig haben wir auf unserer letzten Bundestagung 1986 in Hannover das Thema Soziale Marktwirtschaft aufgegriffen. Wir wollten damit deutlich machen, daß es sich dabei nicht nur um ein bestimmtes Wirtschaftsprogramm handelt, sondern daß dahinter eine ganz bestimmte, gerade für das Freiheitsverständnis wichtige ethische Bindung steht. Das ist langfristig für die Schaffung eines Vertrauensverhältnisses zwischen dem einzelnen und der Partei ein ganz wichtiger Gesichtspunkt.

Aber es gibt ja auch noch einen großen Teil der evangelischen Bevölkerung mit enger kirchlicher Bindung.

Sicher. Und hier steht der EAK vor der Aufgabe, deutlich zu machen, daß zwar kein Automatismus zwischen Glaubenshaltung und po-

litischer Entscheidung besteht – es wäre ganz schlimm, wenn man das behaupten wollte –, aber daß es doch eine Nähe von dieser Überzeugung zu den politischen Vorstellungen der Unionsparteien gibt.

Aber ausgerechnet mit einem großen Teil dieser Gruppe, nämlich den Evangelikalen, tut sich der EAK schwer...

... tun sich die Evangelikalen schwer. Lassen Sie mich das bitte ganz persönlich beantworten. Es gibt zwischen den Evangelikalen und meinem Stellvertreter Friedrich Vogel oder Horst Waffenschmidt, um nur zwei Beispiele zu nennen, ein sehr enges Verhältnis. Sehr viel weniger eng ist das Verhältnis zu mir.

Hat das theologische Gründe?

Ja. Man hat mir bis heute nicht nachgesehen, daß ich anlässlich des 100. Geburtstages von Rudolf Bultmann im „Pfarrerbrief“ zwei ehrende Sätze geschrieben habe.

Ist das Verhältnis zwischen EAK und Evangelikalen gestört?

Das ist journalistisch gefragt, trifft aber nicht den Kern der Sache. Das sehen Sie schon daran, daß für den Herbst ein Gespräch mit den Evangelikalen geplant ist.

Oder hat dies etwas mit der Situation des Protestantismus allgemein zu tun?

In der Tat hat der EAK ein bißchen Anteil an den Schwierigkeiten, die innerhalb unserer evangelischen Kirche bestehen. Der EAK kann und darf sich nicht mit einer innerkirchlichen Gruppe identifizieren. Das

heißt, ich habe vollen Respekt für jede andere Position. Aber als Ganzes muß die Gesprächsbereitschaft und -fähigkeit nach beiden Seiten gewahrt bleiben. In diesem Zusammenhang: Wir halten die Art und Weise für unverantwortlich, mit der epd gegenwärtig idea behandelt.

Zur Bundestagung in Karlsruhe: Im Forum „Erfolgreich – Enttäuscht“ soll es unter anderem um die Menschen gehen, die enttäuscht erkennen, daß beruflicher oder wirtschaftlicher Erfolg allein noch kein erfülltes Leben bedeutet...

... und deshalb fragen wir, ob es richtig ist, Arbeit ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Arbeits-

losigkeit zu betrachten. Was steht hinter der Aussteigermentalität?

Das klingt ziemlich fortschrittlich. Ist der EAK zum progressiven Forum der Unionsparteien geworden?

Nun, wir sind insoweit ein progressives Forum der Union, als wir deutlich machen, daß es für die Probleme der Gegenwart keine einfachen Rezepte gibt. Die Probleme können nur im Hinblick auf die großen Zusammenhänge beantwortet werden, aber auch nur unter dem Blickwinkel unserer Verantwortung vor Gott. Das halte ich in der Tat für progressiv.

Wir danken für das Gespräch.

Quelle: idea Nr. 86/87



Albrecht Martin, MdL

Reisen in Deutschland

Kirchen „drüben“ – Schattendasein in ideologischer Diaspora

Friedrich Carl Schilling

Glaube, Hoffnung, Liebe – diese drei – haben den Erbauern der evangelischen Kirche zu Ahrenshoop im mecklenburgischen Fischland nicht genügt. Sie hängten noch ein viertes Schiffsmo- dell in das 1950 mit Holz aus den uralten Waldungen des benachbarten Darß errichtete Gotteshaus: Es trägt den Namen „Frieden“, eine Dreimastbark unter vollen Segeln wie der „Glaube“, die Nachbildung einer fischlän- der Brigg. „Hoffnung“ und „Liebe“ haben die Segel gerefft, mit ihnen läßt sich also momen- tan keine Fahrt machen.

Es ist fraglich, ob sich die zehntausende von Feriengästen, die alljährlich in diesen „Kurort für die schaffende Intelligenz“ auf einer Halbinsel vor Rügen kommen, solche hintergründigen Gedanken machen, wenn sie die mit Werken der Holzbildhauerin Doris Oberländer (84) geschmückte Holzkirche besuchen. Jedenfalls aber, weiß Kurdirektor Horst Mertinat, läßt sich kaum ein Urlauber diese Sehenswürdigkeit entgehen. Pastor Puttkamer bietet aber auch außerhalb

der Gottesdienste Möglichkeiten zur Freizeitbeschäftigung mit Kirche, zum Beispiel bei seinem Abendvortrag über „Jesus und die Feministinnen“.

Auf einer Studienreise für Bonner Journalisten, von der Konrad-Adenauer-Stiftung brandaktuell in die Woche nach dem Honecker-Besuch gelegt, war die 1908 aus dem Dornröschenschlaf erweckte Künstlerkolonie eine der zahlreichen Stationen. Eine weitere lag gleich nebenan, Wustrow, Grenzort zwischen den Landeskirchen Greifswald und Mecklenburg. Auch hier ist das evangelische Gotteshaus in erster Linie eine Touristen-Attraktion: Aus 48 Meter Höhe hat man vom Backstein-Kirchturm aus eine herrliche Aussicht in das weite flatte Land zwischen Ostsee und Bodden. Pfarrer Claus Stier, seit vierzehn Jahren hier im Amt, freut sich während der Sommermonate über jeweils rund 1500 Mark Einnahmen für die Turmbesteigung.

Von diesem Geld kann der mecklenburgische Dickschädel gut und gern die 200 Mark abzweigen, die er zur Bezahlung einer Halbtags-

Mitarbeiterin braucht, die gegen den erklärten Willen der Kirchenleitung in Schwerin beschäftigt wird. Die geistlichen Herren waren nicht einverstanden mit einer Katechetin, die als geschiedene Frau eines Pfarrers mit einem ebenfalls geschiedenen Pfarrer zusammenlebt – der deshalb seinen Beruf wechseln mußte und heute als Kraftfahrzeugschlosser arbeitet. „Der Gemeindegemeinderat sagt, ins Privatleben mischen wir uns nicht ein“, berichtet Stier (mit dem gleichnamigen Landesbischof nicht verwandt). Die höheren Amtsbrüder freilich bleiben bei ihren Bedenken gegen eine Religionslehrerin in „ungeordneten persönlichen Beziehungen“.

In Wustrow und Umgebung gibt es rund 600 evangelische Christen unter etwa 3000 Einwohnern. Überwiegend sind es die alten Leute, die sich noch zur Kirche halten, auch wenn Pfarrer Stier fast zynisch bemerkt, die Altersstruktur der Gemeinde habe sich im vorigen Jahr positiv verändert, weil von den 22 Todesfällen nur zwei unter siebzig gewesen seien. Beerdigungen sind in Wustrow die meisten kirchlichen Amtshandlungen. „Was eine Trauung ist, weiß ich schon beinahe nicht mehr“, sagt Stier. Kürzlich hat er einen 21jährigen getauft, um ihn mit seiner christlichen Braut einsegnen zu können – „aber er mußte mir

versprechen, die Konfirmation noch nachzuholen". Sonst sind es in Wustrow jährlich mal zehn, mal sieben, aber auch mal gar keine Konfirmanden.

Die Einreise auf der alten Reichsstraße 5 von Lauenburg nach Ludwigslust, sehr verkehrsberuhigt seit dem Bau der Autobahn Hamburg-Berlin, führt an den verfallenden Dorfkirchen von Pritzier und Redefin vorbei. Man könnte die gemauerte Bausubstanz sicherlich noch retten, aber wofür, für wen? Nicht alle Gebäude dieser Art lassen sich zu prächtigen Museen umgestalten wie die Friedrichswerdersche Kirche in Ost-Berlin, jetzt eine Glyptothek von Format, oder zu originellen Mehrzweck-Bauten wie die Nikolai-Kirche in Rostock: 21 Wohnungen im riesigen Dach über dem noch nicht wieder nutzbaren Kirchenschiff und zehn Büro-Etagen im

Turmstumpf, dessen stolzer Helm 1942 von britischen Brandbomben zerstört wurde.

Teilweise wie ein Sakralbau wirkt die neueste Devisen-Schröpfung in der „Hauptstadt der DDR“, das von Japanern erbaute Berliner „Grand Hotel“. Sein pompöses Schwimmbad jedenfalls erinnert an den neuen Mormonentempel zu Friedrichsdorf im Taunus – und beide Gebäude sind ja auch nur wenigen Auserwählten zugänglich. Im Fall der Nobelherberge sind das zahlungskräftige DM-Besitzer, und in beiden Etablissements muß man sich fragen, ob nicht eine Art von Feudalsystem gehegt wird, in dem einige wenige Vorzugsbehandlungen erleben, die den meisten anderen vorenthalten werden.

„Kirche und Sozialismus“, das zeigte auch diese Blitzreise, heißt weithin Schattendasein in der ideo-

logischen Diaspora. Selbst wer es wissen müßte, kennt oft nicht einmal den Namen: Die „Stadtbilderklärerin“ in Rostock sprach von der „Marus-Kirche“, als sie den 1983 errichteten Neubau eines katholischen Gotteshauses zeigte, das dem heiligen Thomas Morus geweiht ist. Sein Hauptwerk trägt den Titel „Utopia“.

Anm.: Dr. Friedrich Carl Schilling, der Autor dieses Beitrages, ist der Vertreter des Evangelischen Pressedienstes in Bonn.

Unter der Überschrift „Die Einheit der Nation bewahren – mehr Miteinander und Freiheit schaffen“ ist die Ansprache des Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl bei dem Abendessen zu Ehren des Generalsekretärs Erich Honecker am 7. September 1987 in Bonn-Bad Godesberg als Broschüre erschienen. Einzelexemplare können kostenlos bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1, Telefon 02 28/544-383, bestellt werden.

Der „Friedenshort“ im Kloster Heiligengrabe

Thomas Berke

Ein evangelisches Kloster in der DDR? Der Arbeitskreis Theologiestudenten im EAK hatte bei seiner DDR-Fahrt Mitte Juli die Gelegenheit zum Besuch im Kloster Heiligengrabe. Dort befindet sich heute noch ein evangelisches Kloster und seit 1946 auch das Diakonissen-Mutterhaus „Friedenshort“ mit einer Einrichtung für behinderte Kinder.

Ein evangelisches Kloster in der DDR

Wer das Kloster Heiligengrabe auf der Landkarte suchen möchte, wird es kaum finden. Es liegt im Nordwesten der Berlin-Brandenburgischen Kirche zwischen Wittstock und Pritzwalk. Wir, d.h. der Arbeitskreis Theologiestudenten im EAK, hatten im Juli während einer DDR-Reise die Gelegenheit, einen Tag dort zu verbringen. Unsere Gastgeber aus der Kirchengemeinde in Zehdenick/Havel hatten uns auf dieses Kloster aufmerksam gemacht. Wir wußten nicht genau,

was uns erwartete, als wir von Zehdenick aus dorthin aufbrachen. Bei der Ankunft in Heiligengrabe staunten wir jedoch um so mehr: wir fanden eine sehr gut erhaltene mittelalterliche Klosteranlage vor. Den Kern der Anlage bilden drei Baukomplexe: Die Klausur mit dem Kreuzgang, die Abteikirche und eine Wallfahrtskapelle. Eine Legende aus dem 13. Jahrhundert berichtet von einem Hostienwunder, das an diesem Ort stattgefunden haben soll. Diese Legende machte den Ort, nunmehr „Heiligengrabe“ genannt, zu einem Wallfahrtsort. Die Wallfahrtskapelle zeugt heute noch davon. Wir hatten auch die Möglichkeit, die Kloster-Kirche und den angrenzenden Kreuzgang der Klausur zu besichtigen. Wir erfuhren, daß das Kloster in diesem Jahr 700 Jahre alt wird. 1287 als Zisterzienser-Kloster für Nonnen gegründet, wurde es nach der Reformation in ein Stift umgewandelt. Noch heute leben hier evangelische Stiftsdamen mit einer Äbtissin an der Spitze!

Mutter Evas „Friedenshort“

Nach dem Mittagessen hatten wir Gelegenheit, eine weitere Einrichtung auf dem Klostergelände zu besichtigen. Neben dem Stift befindet sich hier seit 1946 auch das Diakonissen-Mutterhaus „Friedenshort“. Schwester Edith vom „Friedenshort“ lud uns zu einem Gespräch über die Arbeit des „Friedenshortes“ ein. Sie erzählte, daß der „Friedenshort“ aus Miechowitz in Oberschlesien stammt. Dort wurde er im Jahre 1890 von Eva von Tiele-Winckler (1866–1930) gegründet. Sie hatte ein besonderes Herz für die vielen heimatlosen Kinder im oberschlesischen Kohlrevier. Sie gründete zahlreiche Kinderheime, die sie „Kinderheimat“ nannte. Ihr aus dem christlichen Glauben begründeter Liebesdienst brachte ihr den Namen „Mutter Eva“ ein. Das Diakonissen-Mutterhaus mußte Schlesien 1945 verlassen. Bischof Otto Dibelius wies den Diakonissen im Kloster Heiligengrabe eine neue Heimat zu. Nach

diesem kurzen Überblick über die Geschichte des „Friedenshortes“ führte uns Schwester Edith in die heutige Arbeit in Heiligengrabe ein.

Heimat für geistig behinderte Kinder

Sie berichtete, daß nach 1945 eine Fortsetzung der Arbeit im bisherigen Stil nicht möglich war. Nicht, daß es in der DDR keine heimatlosen Kinder in sozialen Notlagen gäbe. Aber der Staat läßt es in der DDR nicht zu, daß private oder kirchliche Initiativen soziale Erziehungsarbeit leisten. Staat und Partei beharren auf dem sozialistischen Erziehungsmonopol. Einen kleinen Freiraum bietet lediglich die Arbeit mit geistig behinderten Kindern. Die Plätze im „Friedenshort“ sind räumlich und personell begrenzt, aber der gute Ruf dieser Einrichtung hat zu einem hohen Bekanntheitsgrad geführt. Hier wird nicht mit angestelltem Personal gearbeitet, sondern jede aktive Diakonisse übernimmt rund um die Uhr die Mutterrolle für die Kinder. Sie seien, so Schwester Edith, zu Familien von 15–20 Kindern zusammengefaßt, die in Gestalt einer „Friedenshort“-Diakonisse eine feste Ersatz-Mutter haben. Diese Bezugsperson wechselt nie, geregelte Arbeitszeiten gebe es natürlich nicht. Schwester und Kinder bilden eine neue Familie. Wir fragten Schwester Edith, ob die nicht gerade leichte Arbeit mit geistig behinderten Kindern nicht eine besondere Motivation erfordere. Sie stimmte uns zu: Die Schwestern, die in den „Friedenshort“ eintreten, kommen aus dem festen Glauben an Jesus Christus. Sie wissen, daß ihnen im Glauben alles gegeben werde. Die geschenkte Christusfreiheit ver-

leihe ihnen die nötige Kraft für den Liebesdienst, den Dienst am Nächsten und die Barmherzigkeit den Armen und Hilfsbedürftigen gegenüber, und zwar ihr ganzes Leben lang in aller Fröhlichkeit und Zuversicht.

In der Tat fiel uns die ungewöhnliche Fröhlichkeit und Heiterkeit der „Friedenshort“-Schwestern auf. Ihre Ausstrahlung zog uns in den Bann. Wir merkten ihnen keinerlei Strapazen an, die ihnen ihre Arbeit sicher mit sich bringt. Auch die betreuten Kinder und Jugendlichen machten da keine Ausnahme. Wir ließen uns ihre Strickarbeiten und Basteleien zeigen, die sie mit hoher Kunstfertigkeit anfertigen. Daß wir ihre Arbeiten bewunderten, erfüllte sie sichtbar mit Stolz. Wir fragten Schwester Edith, bis zu welchem Alter die Kinder in Heiligengrabe bleiben könnten. Das sei ein großes Problem, erwiderte sie. Viele Kinder haben kein Zuhause mehr, zu dem sie zurückkehren könnten. Eine geeignete Arbeit zu finden, sei ebenfalls schwer. Die meisten fühlen sich in Heiligengrabe so-

wohl, daß sie gar nicht von dort weggehen möchten. Trotzdem sei es unumgänglich, sie in eine andere Einrichtung zu geben, wenn sie erwachsen geworden seien. Schwester Edith: „Wir bleiben auch dann der Bezugspunkt für unsere ‚Ehemaligen‘. Wenn andere junge Menschen, die ihr Elternhaus verlassen haben, am Wochenende oder zu Weihnachten zu ihren Eltern zurückkehren, so kommen unsere ‚Ehemaligen‘ hierhin zu uns nach Heiligengrabe. Unser Haus steht ihnen jederzeit offen und wir freuen uns jedesmal sehr über ihren Besuch.“

Zum Abschluß fragten wir Schwester Edith nach dem Nachwuchs. Uns war aufgefallen, daß viele Diakonissen recht jung sind. Sicher, es könne besser sein, antwortete sie uns, aber die Anziehungskraft des „Friedenshortes“ auf junge Frauen in der DDR sei nach wie vor vorhanden.

Wir waren nach diesem Besuch in Heiligengrabe tief beeindruckt.

Anm.: Thomas Berke, der Autor dieses Berichtes, studiert Evangelische Theologie in Bonn und ist Sprecher des Arbeitskreises „Theologie“ im EAK.



Kloster Stift zum Heiligengrabe

Auftrag und Aufgabe der Kirche

In mehrmonatiger Arbeit hat die südbadische Arbeitsgruppe „Kirche und Politik“ des EAK unter Leitung von Pfr. Dr. Karl F. Becker die Thematik „Bibel und Politik“ beraten. Nach umfangreichen Analysen haben die Gesprächsteilnehmer ein Thesepapier verfaßt, das wir hier zur Diskussion stellen.

Ist die Bibel ein verbindlicher Maßstab für die Politik der Bundesrepublik Deutschland?

Nein, denn die Bundesrepublik ist keine Theokratie, sondern ein säkularer Staat. Das Grundgesetz (GG) ist zwar im Bewußtsein der „Verantwortung vor Gott“ (Präambel des GG) beschlossen worden. Aber gerade dieses Bewußtsein der „Verantwortung vor Gott“ schließt eine Vermengung der „beiden Reiche“ – um mit Luther und auch Calvin zu sprechen – aus. Das heißt für den Staat, daß er sich nicht absolut setzen darf und zeitübergreifende und sittliche Werte und Ordnung zu respektieren hat.

Das in der Bibel enthaltene Urzeugnis der Christenheit ist verbindlicher Maßstab für die Kirche und ihre Glieder, auch im Raum des Politischen. Christen als Staatsbürger – und auch speziell als Politiker – sind daher in ihren Urteilen und Verhaltensweisen der biblischen Autorität und den daraus folgenden Normen verpflichtet. Schon deshalb, weil die Bundesrepublik Deutschland auch Nichtchristen umfaßt und ihre maßgebenden Parteien nicht alle christlich orientiert sind, ist es aber unmöglich, daß unser demokratischer Staat stets politische Entscheidungen trifft, die mit den Zielen bewußt christlicher Staatsbürger übereinstimmen. Außerdem ist es grundsätzlich unmöglich, das Reich Gottes politisch zu verwirklichen. (Anders Allan Boesak, Präsident des Reformierten Weltbundes, anläßlich des 22. Dt. Ev. Kirchentags in Frankfurt: „Das Neue Jerusalem ist keine Fata Morgana aus dem Jenseits, sondern wird aus der Asche all dessen entstehen, was heute Pretoria heißt.“)

Für Christen kann daher die Aufgabe nur darin bestehen, im Rahmen der politischen Möglichkeiten, welche der Staat bietet, die christlichen Grundwerte, Motive und Zielsetzungen zur Geltung zu bringen, ja auch in extremen Fällen – im Rahmen der durch das Grundgesetz bestimmten Grenzen – gegen staatliche Entscheidungen gewaltfrei zu protestieren und zu demonstrieren. Zur Frage des Widerstands ist an das Grundgesetz zu erinnern: Widerstand kann nicht gegen, sondern nur für den demokratischen Rechtsstaat geleistet werden (Artikel 20, Absatz 4 GG).

Die Kirche steht heute in der Gefahr, daß Kräfte, die durch parteipolitische oder weltanschauliche Leitbilder ideologisiert und politisiert sind, den Eindruck erwecken, daß sie sich mehr und mehr in einseitigen Programmen und Verhaltensweisen engagieren, durch die sie sich von den biblischen Grundlagen lösen. Denn wo der Zeitgeist vorherrscht, wirkt die Kirche so, als hätte sie ihren bekenntnismäßigen Auftrag verlassen.

Hat die Evangelische Kirche in der Bundesrepublik Deutschland ein politisches Mandat?

Nein. In der Barmer Theologischen Erklärung vom 31. Mai 1934 heißt es: „Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne sich die Kirche über ihren besonderen Auftrag hinaus staatliche Art, staatliche Aufgaben und staatliche Würde aneignen und damit selbst zu einem Organ des Staates werden“ (These V).

Ein politisches Mandat wird von Menschen erteilt; die Kirche aber handelt nicht im Auftrag von Menschen. Jesus Christus ist der Herr der Kirche. In diesem Sinne wird die Kirche freilich auch dann und wann „politisch“ reden und vor eindeutigen Fehlentwicklungen warnen (z. B. Schwangerschaftsabbruch, Euthanasie usw.). Sie nimmt dann jedoch ein geistliches Mandat im politischen Bereich wahr. Dies geschieht im Sinne des Glaubensge-

horsams und nicht eines ihr direkt unterstellten Auftrags für das gesamte öffentliche Leben.

Verwechselt die Kirche ihren Auftrag mit dem spezifisch politischen Aufgabenkreis des Staates, so ist dies bibel- und bekenntniswidrig (Barmer Theologische Erklärung). So kann und darf die Evangelische Kirche auch nicht den Anschein einer ureigenen politischen Kompetenz erwecken. Verpflichtet ist die Kirche jedoch zu dem universalen Öffentlichkeitsauftrag, Gottes gnädigen Anspruch und Zuspruch (Barmer) zu verkünden, zur Erfüllung der „Notordnungen“ Gottes in dieser unerlösten Welt (Staat, Ehe, Familie und lebensnotwendige Institutionen).

Als geistliche Konsequenzen ergeben sich:

- Ja zur Ordnungsfunktion des Staates (z. B. Steuern, Ehegesetze, Notstandsgesetze, Zivil- und Katastrophenschutz, Datenschutz etc.);
- Ja zum Gewaltmonopol des Rechtsstaates;
- Ja zum Schutz der Schwachen durch den Staat;
- Ja zu der Aufgabe des Staates, den Frieden nach innen und außen zu sichern;
- Nein zu staatlichen Übergriffen und totalitären Zielsetzungen;
- Nein zur staatlichen Einschränkung kirchlicher Verkündigung;
- Nein zum sogenannten „gewaltlosen Widerstand“ in unserem Verfassungsstaat, wenn
 - die Rechte anderer Menschen verletzt,
 - sie in ihrer körperlichen Bewegungsfreiheit behindert,
 - in ihrem Selbstentscheidungsrecht beeinträchtigt,
 - in ihrem Hausfrieden gestört
 - oder anderweitig beleidigt, verleumdet, genötigt und eingeschüchtert werden.

Welche Entwicklungen in der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) haben zur Bildung von „Parallelstrukturen“ in ihr geführt bzw. werden noch dazu führen?

Wenn es auch umstritten sein mag, ob man jetzt bereits von „Parallelstrukturen“ sprechen kann, so

scheint doch viel dafür zu sprechen, daß die Entwicklung in einigen Landeskirchen innerhalb der EKD zu solchen Strukturen geführt hat bzw. führen wird. Die Tendenz zur fortschreitenden Bildung dieser Strukturen läßt sich nicht übersehen.

Die Ursache für diese Entwicklung liegt auch in der Durchdringung von Teilen der EKD mit einseitig entwickelten Elementen „reformierter“ Theologie nach 1945. Diese lehnen die Trennung von Staat und Kirche im Sinne der „Zwei-Regimenten-Lehre“ ab und fordern z. T. ein politisches Engagement der Christen in Gestalt einer Parteinahme für den Sozialismus („ein Christ muß Sozialist sein“).

Für eine derartige Bindung an eine politische Ideologie sehen viele Christen jedoch keine theologische Begründung. Deshalb der unüberhörbare Widerspruch gegen die einseitige Parteinahme für weltanschaulich überhöhten Sozialismus bzw. für radikale politische Bewegungen, die in der Wahl ihrer Mittel oft bedenkenlos agieren.

Solche einseitige Politisierung wird nicht nur von einzelnen Persönlichkeiten oder Gruppierungen betrieben, sondern unterläuft bisweilen auch Organen der EKD und ihrer Landeskirchen (Synoden, Kirchenleitungen, Kirchentag). Deshalb wird zunehmend nach neuen, funktionsfähigen und parteipolitisch neutralen Strukturen gesucht.

Diese neuen Strukturen verstehen sich nicht als gegen die Kirche gerichtet, sondern wollen vielmehr Ergänzungs- und Ersatzfunktionen innerhalb der christlichen Gemeinden sein. In ihnen dokumentiert sich der Wille zu einer bewußten Gestaltung des Glaubenslebens. Sie wollen damit zugleich der Abwehr von Ideologien dienen, die die Bekenntnisgrundlagen der EKD gefährden. So entstanden seit über zwanzig Jahren die Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“, die verschiedenen Bewegungen der „Sammlung um Schrift und Bekenntnis“, sowie die „Gemeindetage unter dem Wort“. Analog verläuft die Entwicklung für kirchlich-theologische Ausbildungsstätten (Freie Kirchliche Akademien etc.) zur Ergänzung des theologischen Universitätsstudiums.

Die EKD läuft so auch Gefahr, ihren Charakter als Volkskirche zu verlieren. Die Abnahme der Mitgliederzahl und der Taufen sind auch Symptome einer geistigen und strukturellen Veränderung. Der Mißbrauch evangelischer Freiheit und das Mißverständnis der der Kirche gestellten Aufgaben und gegebenen Kompetenzen führt zu einem immer gestaltloseren Protestantismus. Er kann den Mindestkonsens für das große Ganze nur schlecht bewahren.

Wie wird die Kirche wieder „Seelsorger aller Christen“?

Die Seelsorge in der Kirche erfolgt nur in der Vollmacht Jesu Christi. Die Erneuerung der Kirche an der Wurzel ist daher Voraussetzung für die Wahrnehmung der Seelsorge. Aus der Vollmacht Christi stammt das christliche Für-einander-Dasein, die Seelsorge aneinander.

Seelsorge hat die Aufgabe, Blockierungen des Menschen in seinem Inneren, seinen mitmenschlichen Beziehungen und seinem Verhältnis zu Gott abzubauen. Sie will helfen, Lebens- und Glaubensprobleme zu bewältigen und personale Möglichkeiten zu entfalten. Dabei ist immer

der ganze Mensch als Einheit von Leib, Seele und Geist gesehen.

Seelsorge gehört zu den Amtspflichten des Pfarrers. Sie geschieht vornehmlich durch das persönliche Gespräch. Dabei haben sich Erkenntnisse der Humanwissenschaften durchaus als hilfreich erwiesen.

Nicht der politisierende Pfarrer ist gefragt, sondern der Pfarrer als Verkünder der frohen Botschaft, als Seelsorger, als Ratgeber und Begleiter seiner Gemeinde in guten und schweren Zeiten.

Viele brennende Lebensfragen bedrängen den einzelnen Christen und die Gemeinde. Problemlösungen werden von verschiedenen Seiten angeboten. Ja, es entstehen neue Bewegungen. Aber in der Kirche finden viele Christen immer weniger Geborgenheit und Gemeinschaft. Da empirische Untersuchungen zeigen, daß Seelsorge selten geworden ist, ist die Neubesinnung auf diesen Hirtendienst vordringlich.

Anm.: Die Arbeitsgruppe Kirche und Politik des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Baden ist für Anregungen dankbar und für Kritik offen. Richten Sie Ihre Schreiben bitte an die EAK-Bundesgeschäftsstelle, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1.

3. Theologisches Abendgespräch des EAK Baden

Schöpfung und Technik – ist eine Versöhnung möglich?

Montag, den 23. 11. 1987, 19.30 Uhr

Heinz-Schuchmann-Haus, Heilbronner Str. 30, Karlsruhe-Rintheim

Disputation zwischen **Dr. Wolfgang Böhme**, Ak. Dir. i. R., Karlsruhe, und **Dr. Gerhard Liedke**, Umweltbeauftragter der ev. Landeskirche Baden, Karlsruhe.

Leitung der Disputation: Joachim Fiebig, Forstdirektor i. R.

Biblische Besinnung: Prälat Gerhard Bechtel, Mannheim

Gesamtleitung: Hans-Michael Bender, Karlsruhe

Aus unserer Arbeit

Peter Gauweiler in Starnberg

Starnberg. Der bayerische Experte hatte das Wort: Auf Einladung des EAK der CDU nahm **Dr. Peter Gauweiler** Stellung zum wohl am heißesten (und überaus kontrovers) diskutierten Thema der vergangenen Monate: Zum Thema „Aids“. Und damit natürlich auch zum Maßnahmenkatalog der bayerischen Staatsregierung. Dr. Gauweiler verteidigte diesen vehement. Motto: „Aufklärung ist gut, reicht aber nicht“. Einzige Möglichkeit, nicht infizierte Mitbürger vor der „immer tödlich endenden Krankheit“ zu schützen, seien konkrete Maßnahmen von staatlicher Seite. Was mit Diskriminierung nichts zu tun habe. Sondern einfach nötig sei, um die „Ansteckungsketten“ zu unterbinden. In diesem Zusammenhang dürfe auch vor Reihen-Pflichtuntersuchungen nicht zurückgeschreckt werden. Dr. Gauweiler: „Meine persönliche Meinung ist, daß Reihenuntersuchungen über kurz oder lang kommen werden.“



Staatssekretär Dr. Gauweiler (rechts) mit dem EAK-Vorsitzenden Rolf Picher (links).

Heiße Diskussionen im EAK: „Demonstrations- und Widerstandsrecht“

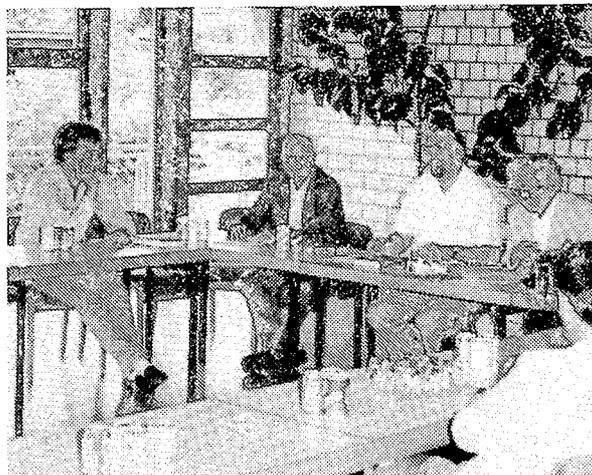
„Erwägungen zum Demonstrations- und Widerstandsrecht“ hatte der Evangelische Arbeitskreis der CDU Remscheid seine Veranstaltung im Ev. Gemeindezentrum Hackenberg in Lennep überschrieben. Der Superintendent des Kirchenkreises, Pfarrer **Werner Lauff**, war auf Einladung der Kommunalpolitiker gekommen, um Überlegungen zu

zwei Grundrechten, die sowohl kirchliche wie auch politische Bereiche betreffen, zu besprechen.

Der Arbeitskreis bekam von Lauff ein sorgfältig bedachtes und begründetes Grundsatzreferat zu hören, in dem die Legalität, also das formal rechtliche Handeln, und die Legitimität, die ethische Grundlage menschlichen Handelns, miteinander in Bezug und Einklang zu bringen versucht wurde. Grundrechte unbeteiligter Dritter und die Verhältnismäßigkeit der bei Demonstrationen zum Einsatz kommenden Mittel, wurden angesprochen und darauf hingewiesen, daß eine Legitimitäts-Veränderung in einer Gesellschaft der Beginn der Gesellschafts-Veränderung sei.

„Kirche, so wie evangelische Christen sie verstehen, ist die Summe aller Gläubigen und nicht irgendeine Institution, bei der von oben herab eine einheitliche Meinung vorgeschrieben ist“, und „Pfarrer können keine Regeln als Grundlage für staatliches Handeln abgeben“, waren hier Grundaussagen. Das Widerstandsrecht, so stellte Lauff heraus, gelte nach unseren Rechtsgrundlagen nur für Maßnahmen, die sich gegen unsere verfassungsmäßigen Grundrechte richten.

Der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Remscheid, **Karl Heinz Humpert**, ließ in der nachfolgenden Diskussion die persönlichen Erfahrungen der Gesprächsteilnehmer, in denen sich der zu späte und zu schwache Widerstand gegen das Dritte Reich widerspiegelte, zu Wort kommen. Auch Pfarrer im Talar bei Demonstrationen, Friedensbewegungen auf dem Kirchentag wurden heiß diskutiert.



Die Diskussionsrunde beim EAK-Remscheid

„Die Soziale Marktwirtschaft auf dem Prüfstand“

Linden. „Soziale Marktwirtschaft auf dem Prüfstand“ lautete das Thema einer Veranstaltung des EAK Stadt- und Kreisverbands Gießen am Dienstag in den Ratsstuben. Vorsitzender **Klaus Frommelt** hatte hierzu mit der Professorin Dr. **Seeger-Luckenbach** und dem Bundestagsabgeordneten **Adolf Roth** zwei fachkundige Referenten gewonnen. Dem wissenschaftlichen Anspruch stellte der Politiker seine Zielsetzung entgegen. Beide Redner waren übereinstimmend der Auffassung, daß die in der Bundesrepublik zugunsten von mehr sozialer Gerechtigkeit abgewandelte Wirtschaftsordnung ihre Bewährungsprobe längst bestanden habe. Dennoch, so Frommelt, gelte es immer wieder Anspruch und Wirklichkeit gegenüberzustellen. Neben ökonomischen Fakten würden nicht selten moralische Appelle laut.

Die CDU in Nordrhein-Westfalen sucht das Gespräch mit den Kirchen

Weztlar. Die CDU in Nordrhein-Westfalen will sich stärker um die evangelischen Kirchen bemühen. So hat es am 12. September ein Gespräch mit den Leitungen der Landeskirchen in diesem Bundesland gegeben. Danach sollen auch Begegnungen mit den Freikirchen und Repräsentanten der Evangelischen Allianz erfolgen. Dies berichtete der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der nordrhein-westfälischen CDU, Landtagsvizepräsident **Hans-Ulrich Klose**, der mit dem EAK-Landesgeschäftsführer **Rolf Wolziefier** die Idee-Redaktion in Weztlar besuchte. Wie er weiter sagte, hilft es nicht, darüber zu klagen, daß manche Teile der kirchlichen Institutionen „links“ stehen. Entscheidend sei, daß CDU-Mitglieder engagiert ihre Position in den Kirchengemeinden verträten, anstatt sich aus Verärgerung über den kirchlichen Kurs zurückzuziehen oder auszutreten.

Zur Menschenrechtsdebatte äußerte Klose, die Kritik von Norbert Blüm an den Zuständen in Chile habe Maßstäbe gesetzt. Sie werde aber von der Bevölkerung nur dann als glaubwürdig angenommen, wenn der gleiche Maßstab auch an die Staaten des Ostblocks und Schwarzafrikas angelegt werde.

Selsingen. Etwa 50 Personen haben in Selsingen einen interessanten Vortrag des Bremer Pastors an St. Martini, **Prof. Dr. Dr. Georg Huntemann**, gehört und intensiv darüber diskutiert. Der bekannte Theologe sprach auf Einladung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU im Landkreis Rotenburg/Wümme zum Thema: „Die politische Herausforderung des Christen heute“. Georg Huntemann beklagte den Zerfall christlicher Wert- und Moralvorstellungen und ermahnte die Kirche, daß sie ein klares „Nein“ zum Aufstand gegen die Zehn Gebote Gottes sagen müsse. Die absoluten Maßstäbe des Christentums dürfen auch in der Politik nicht aufgegeben werden.

Huntemann machte deutlich, daß die CDU ohne das „C“ nicht leben könne und die absoluten Maßstäbe des Christentums nicht aufgeben dürfe. Gerade in dieser Hinsicht sei Festigkeit gefragt. In der politischen Willensbildung muß die biblische Offenbarungsanspruch akzeptiert und der biblische Realismus gegen die Utopie gestellt werden. Viele Menschen seien rat- und hilflos, deshalb müsse eine Partei wie die CDU im besten politischen Sinne führen, damit die Bürger ihre Orientierungslosigkeit überwinden. Der ideologischen Herausforderung müssen die CDU und die Kirche kämpferisch begegnen.

Noch-Volkspartei

Borken. Zu einer Mitgliederversammlung traf sich der Evangelische Arbeitskreis der CDU des Kreisverbandes Borken. Die aus persönlichen Gründen scheidende Vorsitzende des Arbeitskreises, Frau Jungblut, gab in ihrem Rechenschaftsbericht einen Rückblick auf die fast einjährige bisherige Arbeit. Anschließend wurde **Uwe Bergsdorf** (Borken) zum neuen Vorsitzenden und **Reinhart Wahle** (Ahaus) zum Beisitzer gewählt.

Danach sprach EAK-Bezirksvorsitzende **Ursula Dippel** zu dem Thema: „Warum in der heutigen Zeit noch ein EAK?“ Sie stellte fest, daß viele kirchlich gebundene Wähler deutliche Kritik an der CDU übten und dabei über mangelnde Grundwertorientierung klagten. Es fehle das Fragen nach Werten, nach einer Sinnorientierung. Aus diesem Grunde müsse sich die Union wieder auf das „C“ zurückbesinnen.

Werde das protestantische Element personell und programmatisch vernachlässigt, verliere die Volkspartei CDU deutlich an Boden. Sie wird zur „Noch-Volkspartei“!

Für uns gelesen und besprochen

Gerhard Besier, »Selbstreinigung« unter britischer Besatzungsherrschaft. Die Evangelische Landeskirche Hannovers und ihr Landesbischof Marahrens 1945–47“ Göttingen 1986.

Verschiedene Jahrestage, wie der 40. des Kriegsendes 1985, erinnerten uns auch quälend an die deutschen Verbrechen im Dritten Reich.

Der Rat der EKD bekannte im Oktober 1945 in der Stuttgarter Schulderklärung seine Mitschuld – und sträubte sich dennoch 1946/47 gegen die Entnazifizierungspolitik der Siegermächte, in deren Rahmen versucht werden sollte, die Verbindung eines jeden Bürgers zu nationalsozialistischem Gedankengut festzustellen und juristisch zu be- und abzuurteilen. Die Kirche beharrte darauf, auf dem Weg der ‚Selbstreinigung‘ allein das Verhalten der Pfarrer zu untersuchen, das an ihrer Treue gegenüber ihren kirchlichen Amtsverpflichtungen zu messen sei.

Die ‚Selbstreinigung‘ unter britischer Besatzungsherrschaft, also in 13 Landeskirchen zu untersuchen, ist das interessante Thema der Doktorarbeit von Gerhard Besier. Nüchtern reiht er im ersten Kapitel politische und kirchliche Ereignisse 1945–47 aneinander, breitet bislang z.T. unbekannte Quellen aus, um die lästige Gesamtprozedur darzustellen, beschränkt sein Interesse freilich leider schon hier auf die Kirche Hannovers, blendet die übrigen 12 Kirchen weithin aus. Inkompetenz der Briten, Willkürmaßnahmen und wirre Verantwortungsstrukturen überschatten die britische Politik. Besier bleibt eine darstellende Begründung für seine einleitende Behauptung, die Entspannungspolitik sei den Briten „ein Gegenstand der Dauerreflektion und Selbstkritik“ gewesen, schuldig. Seine Darstellung ist bieder, voll von Wiederholungen, arm an Fragen nach alternativen Möglichkeiten.

Daß die Tätigkeit der Spruchkammern, die die Nähe oder Ferne zum Nationalsozialismus einstuft bewerteten, nur bis 1947 untersucht wird, ist eine willkürliche Verkürzung der länger dauernden Entnazifizierungspolitik. Bundestagspräsident und Oberkirchenrat Hermann Ehlers etwa kritisierte im Juni 1950 ein unsinniges Urteil der Hannoveraner Spruchkammer scharf. Sie kenne das Anliegen der Kirche im Dritten Reich offensichtlich ebenso wenig wie ihre Geschichte.

Dem eingangs gelehrt formulierten Anspruch, dem Leser die „volle Wahrheit“ zu vergegenwärtigen, wird auch

der zweite Teil nicht gerecht, in dem zusammenhanglos die Verleumdungskampagne gegen Bischof Marahrens nachgezeichnet wird, die zu dessen Rücktritt am 15. April 1947 führte. Nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 hatte er seinen „Dank für die gnädige Errettung des Führers“ ausgesprochen, dessen Terrorregime er als überzeugter Lutheraner nur in Briefen an Minister kritisierte.

Besier meint den Zorn, der sich nach 1945 in der EKD und Ökumene gegen Marahrens wandte, und in dessen Sinn die Briten handelten, erklären zu können, indem er auf die Genugtuung der Kirchenmänner verweist, „einen Schuldigen gefunden zu haben“, obwohl sie sein Verhalten im Dritten Reich „zumindest stillschweigend mitgetragen hatten.“ Gründe für diese wohl nicht unzutreffende These werden in dem Buch nicht vorgelegt, denn es behandelt nur den Verlauf der Bemühungen nach dem Krieg, nicht aber die behauptete Vergleichbarkeit des Verhaltens Marahrens' und der anderen führenden Kirchenmänner. Die beigefügten 118 Quellen stammen aus den Nachkriegsjahren. Das Verhalten aller Kirchenführer hätte vergleichend in die sich entwickelnde „Gesellschaftsgeschichte des politischen Verhaltens“ (Broszat) im Dritten Reich eingearbeitet werden müssen, die die bisher gewohnten schroffen Gegenüberstellung von Nazismus und Widerstand in der Berücksichtigung der vielfältigen Verhaltensweisen aufbricht. Selbst wenn sich die Vorwürfe gegen seinen Rücktritt nur „auf Verdachts- und Gerüchtsebene bewegten“, bliebe die Frage offen, warum sie sich gerade gegen ihn richteten. Ihn belastet auf jeden Fall daß ihm nach 1945 Unrechtsbewußtsein fremd blieb!

Besier bleibt also von der „vollen Wahrheit“ in seiner biedereren objektiven Darstellung entfernt; daß dem Buch ein Sachindex fehlt, mindert seinen Wert als Arbeitsmittel, daß im biographischen Anhang aus dem Oberkirchenrat Ehlers ein Landesgeistlicher wird, spricht für erstaunliche Unaufmerksamkeit. Andreas Meier

Zum Erntedankfest

*Dank sing ik, Herr di to,
mien Gott, mien Licht, mien Leven,
mien Vader, de ut Gnaad
mi Lief un Seel hett geven,
de üm un bi mi steiht
von Kinnertied op an
un elkeen Dag un Johr
vel Goods an mi hett daan.*

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU • Herausgeber: Minister für Bundesangelegenheiten Albrecht Martin, MdL; Bundesminister a.D. Dr. Werner Dollinger, MdB; Staatsminister a.D. Friedrich Vogel, MdB; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Arnulf Borsche • Redaktion: Birgit Heide, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 05/6 • Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 • Abonnementspreis vierteljährlich 4,- DM, Einzelpreis 1,50 DM • Konto: EAK, Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 • Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn • Abdruck kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten.

Evangelisches Staatslexikon. Be- gründet von Hermann Kunst, Sieg- fried Grundmann.

Hrsg. v. Roman Herzog, Hermann
Kunst, Klaus Schlaich, Wilhelm
Schneemelcher. Kreuz Verlag ³1987.

An das Erscheinen der dritten, völlig neu bearbeiteten und erweiterten Auflage des Evangelischen Staatslexikons waren sehr hohe Erwartungen geknüpft worden, hatten doch schon die beiden ersten, 1966 und 1975 erschienenen Auflagen durchweg positive Kritik und Resonanz erfahren. Die Herausgeber des mittlerweile zum renommierten Standardnachschlagewerk avancierten Lexikons beklagten allein die ambivalente und zögernde Aufnahme unter den Theologen.

Das Werk, so der Hauptvorwurf, sei eher ein „Staatslexikon“ denn ein christlicher Tradition verpflichtetes, kirchliches Handbuch, trage seinen Namen nicht zuletzt deshalb, weil der Titel „Staatslexikon“ durch das jetzt in siebter Auflage erschienene Opus der Görresgesellschaft bereits vergeben sei. Prof. Roman Herzog, Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts und von 1978 bis 1984 Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU, wies demgegenüber anlässlich der Vorstellung des Evangelischen Staatslexikons in der Landesvertretung von Baden-Württemberg mit Nachdruck darauf hin, daß das Lexikon von einem reformatorischen Verständnis des Evangeliums bestimmt sei und daß es ursprünglich auch einmal darum gegangen sei, der Dominanz katholischer Theorien in manchen Disziplinen eine evangelische Position entgegenzusetzen. Dennoch habe sich das Evangelische Staatslexikon entgegen seinem Titel nie als Konfessions-Lexikon verstanden. Es sollte vielmehr über Grundfragen der allgemeinen Staatslehre, des Staats- und Verfassungsrechts, des Staatskirchenrechts und die verschiedenen Disziplinen der Politikwissenschaft und der Soziologie sachlich und allgemein verständlich informieren, brennende Fragen der Gegenwart einer grundsätzlichen Behandlung zuführen. Das gerade auch von katholischer Seite hervorgehobene Fehlen jedweden einseitigen

gen und konfessionalistischen Charakters zeigt sich deutlich bei einem Blick in das Autorenverzeichnis. Genannt seien in diesem Zusammenhang der Artikel von Peter Glotz zum „Sozialismus“, von Karl Dietrich Bracher zum „Faschismus“ und „Nationalsozialismus“, von Wolf Graf Baudissin zur „Abrüstung“ und von Jürgen Schmude, Präses der Synode der EKD, zum Thema „Widerstandsrecht“.

Was hat sich nun gegenüber der zweiten Auflage geändert? Die aktualisierte Neuausgabe umfaßt ca. 50 neue Artikel, etwa zu den Themen „Friedensbewegung“, „Humangenetik“, „Organtransplantation“, „Menschenrechte“, „Sterbehilfe“, „status confessionis“, „Terrorismus“ oder „Umweltschutz“. Mehr als 300 Autoren zeichnen für die insgesamt 5000 Artikel in mehr als 400 Spalten verantwortlich. Dabei sind einige wichtige Beiträge verstorbener Verfasser, so „Gesellschaft“ von Theodor W. Adorno, wieder übernommen worden.

Das Werk erscheint zudem in komplettem Neusatz und in lesefreundlicher Typographie erstmals in zwei Bänden, was eine bessere Lesbarkeit und handlichere Nutzung garantieren soll. Hinzuweisen ist jedoch auch auf den gegenüber den beiden vorangegangenen Auflagen deutlich gestiegenen Bezugspreis.

Das Evangelische Staatslexikon versteht sich nicht als Fachlexikon für Juristen und Theologen, seine Beiträge sollen auch für Laien verständlich und hilfreich sein. Der Aufbau und die Gliederung der manchmal doch sehr umfangreichen Artikel ist denn auch durchweg klar und verständlich, sprachlich sind sie leider oftmals kompliziert und nicht immer leicht zugänglich. Nützlich sind das umfangreiche Namen- und Sachregister sowie die jeweils angegebenen allerdings sehr knappen Literaturhinweise.

Das, was sie von der neuen Lexikonausgabe erwarten umschreiben die Herausgeber mit einem Auszug aus dem Vorwort zur ersten Auflage von 1966: „Das Zeugnis eines in evangelischer Freiheit vollzogenen Ringens und Strebens um einen Beitrag zur Lösung der Fragen unserer Zeit in Kirche und Staat in beiden Teilen unseres zertrennten Vaterlandes.“ Johannes Heide

EAK der CDU/CSU · Friedrich-Ebert-Allee 73-75 · 5300 Bonn
Postvertriebsstück · F 5931 EX · Gebühr bezahlt

*Es ist eine oft zu machende
Wahrnehmung,
daß wir uns in der Beurteilung
irgendeiner großen Idee
weniger durch ihre Gegner
als durch den Schwarm
ihrer sogenannten Freunde
und Verteidiger beirren lassen.
Wir müßten uns daher
stets klar vor auchen halten,
daß eine große Wahrheit
ganz und gar unabhängig von
allem Menschenwerk ist,
daß weder Lob noch Tadel
ihren Wert
irgendwie verändern kann,
daß sie vielmehr ewig gleich,
ewig erhaben
und ewig gültig ist.
Nur, wie sie sich in des Seelen
der Menschen widerspiegelt,
ist verschiedener und zugleich
ein untrüglicher Maßstab
für die Reinheit und Tiefe
unseres sittlichen Bewußtseins.
Ist nicht die Religion
das beste Beispiel dafür?
Oder gibt es keine Sonne,
weil sie uns oft
von Wolken verdeckt ist?*

Christian Morgenstern

Unsere Autoren:

Uwe Wienholz
Thomas-Mann-Straße 21
7120 Bietigheim-Bissingen

Michael Hartmut Franz
Luxemburger Straße 124-136
5000 Köln 41

Staatsminister a. D. Friedrich Vogel, MdB
Bundeshaus
5300 Bonn 1

Dr. Friedrich Carl Schilling
epd
Heuss-Allee 2-10
5300 Bonn 1

Thomas Berke
F.-A.-Schmidt-Weg 33
5300 Bonn 1